



Band 10. Ein Deutschland in Europa 1989 – 2009
Aufbau Ost in der Kritik (28. Juni 2004)

Vor dem Hintergrund einer intensiven Diskussion um die wirtschaftliche Zukunft der neuen Bundesländer empfiehlt der Gesprächskreis Ost eine Kurskorrektur. Finanzielle Mittel sollen nicht länger vorrangig zum Aufbau von Infrastruktur, sondern zur Förderung von Wirtschaftsbetrieben, Forschung und von Wirtschaftskernen verwendet werden. Der Aufbau Ost sei Teil einer Reformpolitik für ganz Deutschland. Die dreizehn Mitglieder des Gesprächskreises Ost kamen aus den Bereichen von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und wurden von der Bundesregierung beauftragt, die Förderpolitik beim Aufbau Ost zu analysieren.

Kurskorrektur des Aufbau Ost

Zusammenfassung in Thesen

(1) Seit der Wiedervereinigung sind große Fortschritte im Aufbau der Neuen Länder erzielt worden. Harte Arbeit und hohe finanzielle Transferleistungen der westdeutschen Bundesländer für den Aufbau Ost haben das ermöglicht. Der erheblich gestiegene materielle Lebensstandard im Osten, die weitgehend ausgebaute, bzw. neu gebaute, Infrastruktur, das äußere Bild der Städte und Dörfer zeigen, was geleistet wurde.

(2) Gleichzeitig vollzog sich in den Jahren nach der Wende eine extreme Deindustrialisierung mit der ein Zusammenbruch der industrienahen Forschung einher ging. Und trotz umfassender Förderung konnte eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern nicht erreicht werden. Die durchschnittliche, katastrophal hohe Arbeitslosigkeit und die nun schon mehrere Jahre stagnierende Wertschöpfung bei nur etwa 60% der Wertschöpfung des Westens, sowie die ständig fortschreitende Abwanderung gerade von besonders leistungsfähigen Menschen, belegen dies besonders eindringlich. Eine Angleichung der Wertschöpfung im Osten auf im Schnitt 90% des Westens bis 2020 würde im Osten ein dann überdurchschnittliches Wachstum von real 4–5% bedeuten: Ein unwahrscheinliches „Wirtschaftswunder“, das die Schwere, aber auch die Herausforderung im Aufbau Ost zeigt.

(3) Ein stagnierender Osten mit hohem Transferbedarf ist eine große Gefahr für die Zukunftsentwicklung von ganz Deutschland. Auf dem bisherigen Weg ist das Ziel einer selbsttragenden Wirtschaft im Osten offenbar nicht zu erreichen. Der Aufbau Ost muss

deswegen nachdrücklich im Zentrum des politischen Handelns stehen. Eine Kurskorrektur beim Aufbau Ost ist erforderlich.

(4) Die Bundesregierung stellt den weiteren Ausbau der Infrastruktur in den Mittelpunkt ihrer Aufbaustrategie-Ost. Im Zentrum der Strategie Aufbau Ost müssten jedoch das verarbeitende Gewerbe, insbesondere die Industrie, eine sie begleitende, umfassende Forschungslandschaft und eine dementsprechende Ausbildung stehen. Denn diese sind das unerlässliche Fundament für eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung. Die Infrastruktur dagegen ist im Osten bereits weitgehend wettbewerbsfähig. Für den Aufbau wettbewerbsfähiger Unternehmen ist sie nur noch sehr bedingt ergänzungsbedürftig.

Die Kurskorrektur muss deshalb erfolgen durch

- eine Schwerpunktverlagerung von der Infrastruktur zum Aufbau von Wirtschaftsunternehmen und der sie begleitenden, stützenden Forschungslandschaft;
- einen Übergang von der Flächenförderung zur entschlosseneren Konzentration auf Wachstumskerne;
- den Übergang von Anschubhilfen zu mehr längerfristig ertragsstützenden Maßnahmen, sowohl für Neuansiedlungen, als auch für die existierenden (in der Regel zu kleinen, zu finanzschwachen, im Markt noch nicht ausreichend verankerten) Unternehmen.

(5) Diese Kurskorrektur fordert Konsequenzen in der Finanzierung des Aufbau Ost. Das bisher eingeplante Finanzvolumen des Solidarpakt II stellt dafür ersichtlich die Obergrenze dar; es darf weder verringert noch zuviel für den Staatskonsum verwendet werden. Auch eine Verringerung der Verpflichtungsermächtigungen für die Gemeinschaftsaufgabe Wirtschaftsförderung (GA) darf nicht erfolgen. Die Mittel der Investitionszulagen, deren Abschaffung vorgeschlagen wird sind in die GA-Förderung einzubeziehen.

(6) Die Umschichtung der Finanzen von jeder nicht mehr zwingend erforderlichen Infrastruktur zur unmittelbaren Unternehmens- und Forschungsförderung, kann die Verwirklichung der oben beschriebenen Schwerpunktverlagerung ermöglichen. Dazu sind ab sofort alle Infrastrukturprojekte streng auf ihre Bedeutung für die Unternehmensentwicklung zu prüfen. Nur zwingend notwendige Projekte sollten zukünftig noch realisiert werden.

(7) Ein erfolgreicher Wirtschaftsbau setzt auch im Osten eine regionale Konzentration und Verdichtung von Branchen voraus. Diese müssen in enger Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Staat erfolgen. Eine Bestimmung der Wachstumskerne für Förderzwecke kann aber länderübergreifend nur erfolgreich sein, wenn der Bund eine entscheidende Mitsprache erhält; sie ist mit den Ländern verbindlich zu vereinbaren.

(8) Die Konzentration auf Wachstumsregionen verlangt eine zumutbare verkehrspolitische Einbindung der wachstumsschwächeren Regionen.

(9) Es müssen besondere Konsequenzen aus der EU-Erweiterung für die Grenzregionen gezogen werden.

(10) Die zukünftige regionale und inhaltliche Aufbaustrategie ist in einem regionalen Masterplan (Wachstumskerne: Infrastruktur; Wirtschaft; Wissenschaft; Land- und Ernährungswirtschaft; ländlicher Raum) zusammenzufassen. Er dient der Koordinierung wirtschaftlicher Maßnahmen für die Wachstumskerne und sollte von Bund und Ländern vereinbart, kontinuierlich überarbeitet und eventuell revidiert werden.

(11) Für eine erfolgreiche Entwicklung muss von der Realität der aktuellen Wirtschaftsstruktur in den Neuen Ländern ausgegangen werden. Sie ist im Industriebereich durch zumeist kleine Betriebe mit schwacher Marktposition, unzureichendem Forschungspotenzial, aber auch geringer Eigenkapitalausstattung und kaum überwindbaren Problemen bei der Kreditbeschaffung gekennzeichnet.

Es ist deshalb unerlässlich, unter Beachtung von Risiko und Aufwand, die Zusammenarbeit zwischen der KfW und den Hausbanken neu zu definieren, um der Wirtschaft den Zugang zu Förderkrediten und Kapital zu erleichtern.

(12) Durch die vorgeschlagene Umverteilung frei gesetzter Fördermittel ist außerdem ein Beteiligungskapitalfonds für Risiko-Kapital (VC) zu bilden, der zur Stabilisierung bestehender kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) und für Neugründungen innovativer Unternehmen dient.

(13) Finanzielle Altlasten und vereinigungsbedingte Fehlentwicklungen im kommunalen Wohnungsbau, sowie bei Wasserentsorgungssystemen, sind unter anderem durch Zusammenlegung von Unternehmen und durch Kapitalschnitt zu bereinigen. Dazu ist der Erblastungstilgungsfond nochmals zu öffnen.

(14) Aber auch entsprechende Sparmaßnahmen auf Landesebene sind erforderlich. Diese Länderaufgabe ist zwingend für eine Erweiterung des finanziellen Spielraumes von Ländern und Kommunen für die Unternehmensförderung.

(15) Den Neuen Ländern ist ein möglichst großer Spielraum für eine länderspezifische Entbürokratisierung einzuräumen. Das von Helmut Schmidt vorgeschlagene „Artikelgesetz“ wäre hierfür ein geeignetes Instrument.

(16) Die besondere Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt erfordert auch hier eine geordnete, zusätzliche Flexibilität sowie den Einsatz von Lohnergänzungsmaßnahmen, um den nicht mehr nachqualifizierbaren Gruppen ebenfalls einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

(17) Für die Durchführung der genannten Maßnahmen sind jeweils Zeitziele, Kontrollmechanismen und eine zeitnahe, ungeschminkte Berichterstattung vorzusehen.

(18) Es sind dafür bessere organisatorische Lösungen in der Bundesregierung erforderlich. Die Koordination der Aufgaben verschiedener Ministerien und die Durchsetzung der Entscheidungen ist zu verbessern. Dazu wäre es zweckmäßig, dass von der Bundesregierung eine ausschließlich hierfür zuständige Person mit der Koordinierung der Aufgaben beauftragt wird. Sie sollte von einem Gremium sachverständiger Praktiker ständig begleitet werden.

(19) Angesichts der Größe und Bedeutung der Aufgaben für das ganze Deutschland schlägt der Gesprächskreis vor, die Maßnahmen in einem „Aufbau-Pakt-Ost“ zu verankern, an dem Bund, Länder, Tarifparteien und Vertreter der Forschung beteiligt sein sollten.

Der Gesprächskreis geht davon aus, dass durch die hier vorgeschlagene Neuausrichtung der Ziele und Instrumente, und durch die verstärkte politische Fokussierung die Aufbau-Arbeit nicht nur wirkungsvoller werden kann: Auf diesem Weg kann auch das Vertrauen der Bürger Ostdeutschlands in die Zukunft ihrer Region endlich wieder gestärkt, die Abwanderung gemildert und die Attraktivität für Investitionen verbessert werden.

Es sei noch einmal unterstrichen: Die vorgeschlagenen Schritte für den Osten entheben Deutschland im Ganzen nicht von der Notwendigkeit erheblicher allgemeiner, struktureller Erneuerungen (Reformen) der Nation. Es besteht nämlich kein Gegensatz zwischen Reformpolitik für das ganze Deutschland und einer gezielten Aufbau-Ost-Strategie. Im Gegenteil: Das eine bedingt das andere. Nur gemeinsam und nur wenn die Probleme von Ost und West in einen politisch verständlichen Zusammenhang gebracht werden, können wir in Deutschland endlich das solange ersehnte, positive Klima erzeugen. Die Deutschen müssen erkennen können, dass es nicht ihre Leistungsschwäche ist, sondern vielmehr ihre besondere Herausforderung durch die Vereinigungsfolgen, die heute das Wachstum in Deutschland erschwert. Und nur wenn der Aufbau Ost entschlossen angepackt wird, dann hat das ganze Deutschland wieder eine zukunftsreiche Perspektive.

Der Gesprächskreis versteht sich als eine gesamtdeutsche Beratung der Bundesregierung, die den Fokus auf das Problemgebiet Neue Länder richten sollte. Wir hoffen, dass unsere Vorschläge auch so aufgenommen und in dem Ernst verstanden werden, in dem wir sie erarbeitet haben. Wir wollen mit unseren Vorschlägen den Osten voranbringen und zu einer neuen Aufbaustimmung in Ost und West beitragen.

Wir hoffen deswegen, dass es der Bundesregierung gelingen möge, die hierfür aus unserer Sicht erforderlichen organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen und so nach der Sommerpause 2004 gemeinsam mit Ländern, Tarifparteien und Wissenschaftsorganisationen durch einen Aufbau-Pakt-Ost das notwendige Fundament für eine Kurskorrektur zu schaffen.

Denn Deutschland braucht eine neue, von allen Schichten der Gesellschaft getragene Aufbruchstimmung.

Quelle: *Kurskorrektur des Aufbau Ost. Bericht des Gesprächskreises Ost der Bundesregierung.*
Redaktion Klaus von Dohnanyi und Edgar Most. Hamburg und Berlin, 2004.